Zwischen Waffenstillstand und Frieden

Ein wirtschaftlicher Rückblick und Ausblick

von

Ernst Kahn



Flugschriften der Frankfurter Zeitung



Zwischen Waffenstillstand und Frieden.

Ein wirtschaftlicher Rückblick und Ausblick

von

Ernst Kahn.



Frankfurt am Main
Druck und Verlag der Frankfurter Societäts-Druckerei G. m. b. H.
1920

Die folgenden Ausführungen sind unter dem Titel „Rückblicke auf das Jahr 1919" im Handelsteil der Frankfurter Zeitung erschienen (1. Morgenblatt vom 25. und 28. Dezember 1919 sowie 1. Morgenblatt vom 1. Januar 1920).

Die Auswirkungen des Zusammenbruchs.

Wenn Ihr wüßtet, mit wie wenig Aufwand von Verstand die Welt regiert wird, so würdet Ihr Euch wundern.

Papst Julius III.

Wirtschaftliche Ursachen politischer Ereignisse.

Ein Rückblick auf das Leidensjahr 1919 darf nicht mit dem 1. Januar beginnen. Auch nicht mit dem 9. November. Nein, den Auftakt lieferte jene Schreckensstunde im Oktober 1918, als das wilhelminische Deutschland mit der Bitte um Waffenstillstand seine Konkurseröffnung selbst beantragte und ihm statt Woodrow Wilson mit dem Oelzweig und den 14 Punkten der Marschall Foch mit der gepanzerten Faust zum Zwangsverwalter bestellt wurde. Wirtschaftliche und immer wieder wirtschaftliche Gründe waren mitbestimmend bei jenem Verzweiflungsschritt der O. H. L. und ihrer Berliner Beauftragten. Auch wo der flüchtige Blick nur militärische Not, oder politische Unruhe sah und vielleicht heute noch sieht, da standen immer wirtschaftliche Kräfte mit im Spiel: Es fehlte an Nahrung für Mensch und Maschine. Unser Wahn, man könne Deutschland nicht aushungern, war trügerisch. Der scheinbare Mißerfolg der Blockade beruhte nur auf einer falschen Vorstellung des Verhungerns. Bei uns und bei den Gegnern. Heute wissen wir, daß ein Volk nicht wie ein im Burgverließ Eingekerkerter, sondern ganz allmählich verhungert. Man vegetiert weiter, ist aber jeglicher Ansteckung auf körperlichem und auch auf geistigem Gebiet schutzlos preisgegeben. Und wie dem Menschen, so geht es dem Wirtschafts- und Staats-Körper. Auch er sucht sich anzupassen, auch er mutet seinem Magen Ersatznahrung zu; kommen aber starke Erschütterungen, so versagt der Organismus. Das ist heute eine billige Feststellung. Jene Er-

schütterung kam mit der Kapitulation Bulgariens und der ihr folgenden Sonderschritte Oesterreich-Ungarns, übrigens auch wieder Folgen wirtschaftlicher Verzweiflung. Und wie damals militärisch unsere Front einen unheilbaren breiten Riß in die Flanke bekam, wie München gewissermaßen in die Schußweite italienischer Geschütze und die Wittelsbacher in die Hörweite rheinbündlerischer Flüstertöne rückte, wie das „lever en masse" bestenfalls eine unnütze Phrase, unter Umständen aber die Zerstörung unserer Städte, Niedermetzelung weiterer braver und friedenssüchtiger Volksgenossen bedeuten mußte, so waren auch die wirtschaftlichen Voraussetzungen der Kriegführung erledigt. Denn was sollte ohne das rumänische Getreide und ohne das Petroleum aus den Karpathen geschehen? Jetzt erst mußte der latente Mangel und die Minderwertigkeit in der Ernährung und in den Rohstoffen zum akuten materiellen Zusammenbruch führen, nachdem er schon von Jahr zu Jahr in steigendem Maße den moralischen Zusammenbruch vorbereitet hatte; längst war die alte Unbestechlichkeit des Beamten, die gesunde Geistesverfassung des Arbeiters, die Verläßlichkeit des Kaufmanns, die Gesetzesachtung des Gesamtvolkes ,von den Schwestern der abscheulichen Kriegsfurien, der gräßlichen Not und der unersättlichen Gewinnsucht, angefressen und damit die festesten Stützen des alten Obrigkeitsstaates ins Wanken geraten. Und nur so ist die sogenannte Revolution zu erklären, im unrevolutionärsten Volk der Welt, einem Volk, dem Ordnung alles und damit Revolution ein Greuel ist, einem Volk, das als erste Revolutionstat Plakate drucken ließ, die zur Ruhe und Ordnung aufforderten — eine äußerst verdienstvolle, aber nicht gerade typisch revolutionäre Tat. Von diesem Gesichtspunkte aus, so scheint uns wenigstens, ist alles das zu beurteilen, was heute von Politikern und von Dilettanten in wirtschaftlicher Hinsicht den angeblichen Vätern der Revolution zur Last gelegt wird. Die hat es bei der deutschen Revolution nicht gegeben. Zum mindesten kann man die Leute, die in den Tagen vor und nach dem 9. November hervortraten, nicht für das Ereignis verantwortlich machen — nicht im Schlechten, aber auch nicht im Guten. Es ist Ansichtsache, ob man über die Revolution Freude oder Trauer empfinden soll, es ist verständlich, daß einen wirtschaftlichen Betrachter Entsetzen packt bei der Aufstellung der Revolutionsbilanz — allein: Menschen die Verantwortung für all diese Schäden aufzubürden, das wäre gerade so

gerecht und sinnvoll, wie irgend einen Sündenbock für Hagelwetter und Taifun zu suchen. Wenn wirklich Menschen die Revolution gemacht haben und die Rechnung zahlen müßten, so sind es die am Kriege Schuldigen, ob in Deutschland oder anderswo, sind es alle, die sich früher mit Politik nicht kritisch und sachlich befaßt haben; und das war ja fast das ganze Volk. Sei es, daß man über dem Mischen von Farben oder dem Fabrizieren von Hosenträgern aus Zeitmangel seine Staatsbürgerpflichten vergaß, sei es, daß man sich mit dem Roten Adlerorden, dem Ratstitel oder gar dem erblichen Adel seine eigene Meinung hat abkaufen lassen. Wo aber aus wirtschaftspolitischen Gründen ein Eingreifen notwendig war, da schickte man Syndici in die Aemter und Ausschüsse und überließ damit das Feld Herren, die päpstlicher als der Papst waren, die da glaubten, ihren Befähigungsnachweis und ihr Fortkommen durch eine möglichst intransigente Haltung erkämpfen zu können. Immer wieder war man erstaunt, um wie viel menschlicher gar mancher kluge Industrielle die Dinge ansah als sein Beauftragter. Das galt namentlich in allen sozialpolitischen Fragen. Wie unendlich klein berühren heute Streitpunkte aus der Vorkriegszeit zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, die damals zu Daseinsfragen für Deutschlands Wettbewerbkraft aufgebauscht wurden. Wer möchte bestreiten, daß derartige Kurzsichtigkeit zusammen mit militärischen Ungerechtigkeiten mehr zum Ausbruch der Revolution getan als irgendwelche Reden von Matrosen in Kiel oder der Herren Barth und Ledebour in Berlin? Warum das alles hier in diesem Zusammenhang gesagt wird? Weil auch der Wirtschaftskritiker die Pflicht hat, Ursachen von solchen Ereignissen, die er sieht, aufzudecken, und weil die führenden Wirtschaftskreise aus dem Schaden klug werden und Lehren für die Zukunft ziehen sollten.

Die deutsche Wirtschaft beim Abschluß des Waffenstillstands.

Die beliebte Methode, für die Verelendung Deutschlands immer wieder nur die zweifellos sehr kostspielige Revolution verantwortlich zu machen, ist schon darum so falsch, weil wir auch ohne sie nach 4¼ Kriegsjahren bettelarm waren. Niemand hat uns das früher überzeugender geschildert als eben jene, die heute alles auf die Revolution schieben: die literarischen Verfechter eines Siegfriedens waren es, die mit

beredten Worten uns immer bewiesen: nur eine Riesenentschädigung kann uns retten; denn bei einem Verständigungsfrieden ohne Sieger und Besiegte sind wir vis à vis de rien. Sie hätten mit ihrem Pessimismus recht; das lehrt heute ein Blick auf die böse Lage der Sieger, trotz der von ihnen erzwungenenen Milliardenentschädigung in Gold, aber auf dem Papier. Sie hatten recht mit ihrer Schwarzmalerei, die Verkünder eines Siegfriedens; sie machten nur einen kleinen Fehler, sie dachten nicht weit genug: da kein Volk dem andern die Kosten eines solchen Unglücks zu entrichten vermag, so gab es nur eines, das war der schleunigste Frieden; nur so war an Gut und Blut wenigstens ein Teil des Volksvermögens noch zu retten.

Die wirtschaftliche Lage war entsetzlich: das wertvollste Gut, die Menschen durch Granaten, Verwundungen und Krankheiten gerade in ihrem ökonomisch wichtigsten Teil, den wehrfähigen Männern zwischen 18 und 45, dezimiert, die körperlich Gesundgebliebenen moralisch und geistig nicht immer seuchenfrei, der heimische Boden durch unvermeidlichen Raubbau ausgesogen, der Viehbestand durch Massenschlachtungen scharf verringert, alle Warenlager gähnend leer, und keine guten Rohstoffe vorhanden. Die Ersatzstoffe vorwiegend höchst minderwertig, der ganze industrielle Produktionsapparat, wie auch das Verkehrsnetz durch Ueberlastung und aus Mangel an Verbesserungen heruntergewirtschaftet. Die Währung war längst aus ihrer alten Ordnung und dadurch die Entwertung des Geldes schon recht bedenklich fortgeschritten. Im Ausland galt vor der Revolution die deutsche Mark nur noch 60 pCt. ihres Friedenswertes, was, beiläufig bemerkt, immerhin noch erheblich mehr ist als der heutige Valutastand der Siegerin Frankreich. Und im Inland hatte eine Teuerung eingesetzt, die damals für alle auf festes Einkommen Angewiesenen unerträglich schien, die wir aber heute zurücksehnen; denn heute muten uns die damaligen Preise 1.20 Mark für ein Ei und 18 Mark für ein Pfund Butter fast wie geschenkt an. Diese Inflation der Preise, von der noch ausführlicher zu sprechen sein wird, war und ist die Folge der staatlichen Borgwirtschaft, der übermäßigen Gewinne bei Armee- und Privatlieferungen, kurzum des Dickverdienens, des Mißverhältnisses zwischen Angebot und Nachfrage, der einseitigen Produzentenpolitik, die nur darauf ausging, den Kriegslieferanten und seinen Arbeiter bei guter Laune zu erhalten,

des traurigen Tiefstandes der deutschen Valuta und nicht zuletzt der verhängnisvollen oder, besser gesagt, der fehlenden Steuerpolitik. Dazu noch die Unterernährung des vierten und besonders dritten Standes, Volksseuchen wie Grippe, Syphilis und Tuberkulose bei den Erwachsenen, Rhachitis bei den armen, der Milch beraubten Kindern. Ein erbarmungswürdiges Bild!

Die Folgen von Waffenstillstand und Revolution.

Da brachte der 9. November die Revolution, der 10. die Waffenstillstandsbedingungen. Auch jetzt bewährte sich die alte Erfahrung, daß ein Uebermaß von Schicksalschlägen die menschliche Trauer in einen Zustand der Resignation und Stumpfheit überleitet. Die Besetzung des linken Rheinufers bedeutete die Abschnürung lebenswichtigster Glieder unseres Volkskörpers und riß in unsere einheitliche Zollgrenze ein Loch, das sich gar bald als äußerst verhängnisvoll erwies. Denn fortab war es nicht mehr möglich, die deutsche Ein- und Ausfuhr unter dem Gesichtspunkt der Lebensnotwendigkeiten zu regeln. Der Reichskommissar in Berlin hatte gut zu dekretieren. Die Entente cordiale deutsch-französischer Herrschaften wußte sich unter dem kurzsichtigen Schutz der Pariser Regierung darüber hinwegzusetzen, und damit Deutschland immer weiter unentbehrlicher Kapitalien zu berauben.

Ganz besonders schlimm hat die Bestimmung des Waffenstillstandsvertrages auf die ohnehin bedenklich heruntergewirtschafteten Verkehrsverhältnisse gewirkt. Wer vor Jahresfrist die langen Reihen von Lokomotiven Tag für Tag nach dem Westen abrollen sah, dem mußte dieser Anblick das Herz zusammenkrampfen. Denn eine Vorahnung vom Zusammenbruch unseres früher berühmten Bahnsystems, eine Ahnung von völliger Einstellung des Personenverkehrs und vom Ausbleiben dringendster Gütersendungen mit allen Folgen tauchte damals schon auf. Kein Wunder: wir hatten 5000 Lokomotiven, 150 000 Waggons und 10 000 Kraftwagen abzuliefern.

Die Wirkungen der Revolution auf die Wirtschaft gerecht abzuschätzen, ist heute noch nicht leicht. Immer wieder wird die Frage auftauchen, ob die oder jene Erscheinung auf das Konto der politischen Umwälzung oder aber der

überstürzten Demobilisierung, wie sie der feindliche Machtspruch erzwang, zu buchen ist. Freilich, so sehr die Revolution auf Ordnung hielt, so hat diese schöne Eigenschaft auch in der zurückmarschierenden Armee eine außerordentliche Rolle gespielt. Die Befürchtung, als ob zerlumpte Marodeure die Heimat überfluten würden, stellte sich als völlig haltlos heraus. Das hinderte nicht, daß gar manches Heeresgut, angefangen von Revolvern bis zu Automobilen und Pferden, gewissermaßen um ein Butterbrot verschleudert wurde. Milliardenwerte entgingen dadurch dem Reichsfiskus — nicht aber immer der Volkswirtschaft; denn diese Heeresgüter blieben ja in derartigen Fällen im Land. Anders war es mit den Dingen, die im Feindesland zurückgelassen wurden, man erinnert sich an die Vorkommnisse in Polen.

Weitaus am augenfälligsten aber war die Wirkung der Revolution auf die Arbeitsverhältnisse: Arbeitszeit und Lohnsystem wurden von den neuen Gewalten geändert und der Arbeitsgrad verminderte sich von selbst. Der Achtstundentag galt als Maximum, die Akkordarbeit wurde verboten und die Arbeitsunlust trat allenthalben zu Tage. Streiks und Lohnforderungen überstürzten sich. Man wird auch hier billigerweise nicht alles für verhängnisvoll erklären dürfen. So war der Achtstundentag von vornherein geradezu eine Notwendigkeit in einem Augenblick, in dem der bisher größte, um nicht zu sagen einzige Käufer, der Militärfiskus, seine Bestellungen aufhob und jeder Tag neue Arbeiterbataillone in die Heimat brachte. Die Angst vor den Arbeiterräten hat zweifellos gar manche überstürzte Entlassung verhütet und dadurch Existenzen gerettet und das Heer der Arbeitslosen vor Zuzug bewahrt. Es ist heute noch erstaunlich, wie mitten in der Revolution diese Umstellung von Arbeitsprogramm und von Arbeiterpersonal gelang, wie beispielsweise die Entlassung der weiblichen Kräfte glückte. Damals bewährte sich die Aufnahmefähigkeit des platten Landes. Ob im übrigen für die weitere Zukunft der Achtstundentag beibehalten werden soll und kann, muß später noch untersucht werden. Anders steht es mit der Akkordarbeit; sie wird unbedingt wieder kommen müssen und tatsächlich führt sie sich mit jedem Monat in mehr Betrieben wieder ein. Der sozialistische Doktrinarismus, der Abschaffung des Akkordsystems forderte, übersah wie so manche andere doktrinäre Forderung, in deren Aufstellung gerade der deutsch-marxistische Sozialismus so groß ist, daß einstweilen die Menschen noch keine Engel sind.

Das führt uns zu der **Arbeitsunlust**, die bis tief in das Jahr 1919 viel beobachtet und noch mehr beschrieben wurde. Zum mindesten war sie vorhanden und sie ist unleugbar zum erheblichen Teil der Revolution zuzuschreiben, wenn auch keineswegs völlig; auch hier hat die Unterernährung und vor allem die Entwöhnung von nüchterner Arbeit in 4¼jährigem Soldatenleben das Ihrige beigetragen. Auch der Akademiker oder der Fabrikherr wird ein Lied davon singen können, wie unendlich schwer es selbst dem Antirevolutionärsten fiel, sich in die alte Beschäftigung wieder hineinzufinden. Niemand aber wird bestreiten können, daß gerade die Revolution mit ihren Begleiterscheinungen, mit ihren Wahlen und Wahlversammlungen in und außerhalb der Betriebe manchmal die Arbeitszeit als einen etwas euphemistischen Begriff erscheinen ließ. Nur muß man heute rückblickend prüfen, ob diese Erscheinung nicht ganz naturnotwendig war, ob man den Proletariern, die plötzlich die ihnen seit Jahrzehnten versprochene Stunde des Heiles schlagen hörten, die Erschütterung und das Mißtrauen übel nehmen durfte? Wenn schon weit in die Kreise der Besitzenden und der Gebildeten hinein ein Fieber die Mengen schüttelte und das Arbeitspensum des Alltags schmälerte, konnte man da vom Arbeiter Gleichgültigkeit erwarten? Das Bemerkenswerte waren und sind noch heute die Gradunterschiede der Arbeitsunlust. Gegend, Betriebsform und Stellung des Arbeiters zur Organisation sind hier ausschlaggebend. Während beispielsweise in vielen Betrieben mit alten Gewerkschaftlern und mit Arbeiterausschüssen nach einer damaligen Rundfrage der „Frankfurter Zeitung" kluge Direktoren voll des Lobes waren, sehen wir es in Betrieben mit krassem Herrenstandpunkt und früher sehr servilen „gelben" Arbeitern bis zur gewaltsamen Absetzung der Direktion, zu wilden Streiks und wilden Sozialisierungen kommen Und es ist kein Zufall, daß bis in die letzte Zeit hinein, wo trotz einer reformbedürftigen Arbeitslosenunterstützung eine Zunahme der Arbeitslust im Allgemeinen gar nicht abgestritten werden kann, und die Zahl der Unterstützten erfreulich abnimmt, wo in manchen Gewerbezweigen mit fieberhaftem Eifer wieder gearbeitet wird, zwei große Ausnahmen festzustellen waren: Berlin und die Staatsbetriebe; die Reichshauptstadt mit ihren scharfen politischen und ökonomischen Gegensätzen, mit ihrem traditionellen scharfen Ton und ihrer immer noch sehr traurigen Nahrungsmittelversorgung und die Staatsbetriebe, die früher unter Koalitionsverboten

und heute noch unter Bürokraten standen. Das gibt zu denken. (Wie heißt es doch in dem schönen Bericht über die Sozialisierung der Kohlenbergwerke? „Das erste, was man enteignen muß, sind die Staatsbetriebe".)

In welchem Umfange sich die Arbeitsunlust schon heute in vielen Fällen in das Gegenteil gewandelt hat, das zeigt u. a. das Verhalten der Bankangestellten, die im Frühjahr noch der Welt das Beispiel eines vermeidbaren Streiks gegeben und jetzt zum Jahresschluß teilweise bis tief in die Nacht hinein arbeiten. Aber auch die Kohlenarbeiter haben in einzelnen Gruben sich unter begreiflichen Vorbehalten bereit erklärt, „Butterschichten" einzuschieben, wie ja auch die Beschlüsse zur Wiedereinfuhr der Akkordarbeit sich mehren. — Ueberhaupt zeigt die jüngste Entwicklung, daß der Fleiß ganz offenbar die zweite Natur des Deutschen ist. Das Bild wäre übrigens lückenhaft, wenn nicht auf die Arbeitsunlust in allen andern Ländern hingewiesen würde, wo keine Revolution als Ursache gelten kann. Wie die Einführung der Betriebsräte auf die Arbeitsleistung wirken wird, ist mit Sicherheit nicht vorherzusagen. Viele kritische Betriebsleiter haben keine ernstlichen Bedenken. Im Gegenteil, manche von ihnen behaupten, die Vorläufer der Betriebsräte, die Ausschüsse seien zuweilen strengere Richter in Angelegenheiten der Arbeitnehmer als das Direktorium.

Der Versailler Vertrag.

„Eine sterbende Welt imperialistischer und kapitalistischer Tendenzen feiert in dem uns vorgelegten Friedensdokument ihren letzten entsetzlichen Triumph." Mit diesen Worten hat die deutsche Friedensdelegation die ersten Forderungen der Entente gezeichnet. Gewiß keine schlechte Charakterisierung, aber keine vollständige. Denn es ist ein Unrecht am Kapitalismus, wenn man ihn allein für dieses unglaubliche Machwerk verantwortlich macht; man mag den Trägern der kapitalistischen Wirtschaftsordnung jegliche Vorwürfe machen: den Vorwurf, daß sie nicht rechnen können, verdienen sie nicht. Wer aber die Forderungen des Versailler Vertrages zusammenzählt, der muß diese wahllose Aneinanderreihung von 1000 Forderungen und Wünschen zu einer unbezahlbaren Summe als nicht zu überbietenden Dilettantismus bezeichnen. Diese Pfuscharbeit kann nur aus dem Umstand erklärt werden, daß die Bescblagensten, Energischsten und Fleißig-

sten in Paris — und das waren die Franzosen — völlig geblendet waren von einem blinden Hasse; Wilson und namentlich Lloyd George mußten sich infolge der mangelnden Fachkenntnisse von Clemenceau und Tardieu zurückdrängen lassen in einer Weise, daß ihre hervorragendsten und charakterfestesten Berater (auch aus der englischen Delegation, wie man erst jetzt erfährt) die Verantwortung ablehnten und ihre Aemter niederlegten.

Das grausame Schriftstück tritt demnächst in Kraft. Und so mag die Zusammenfassung der wichtigsten Punkte umso angebrachter sein, als vielleicht die ganze Tragweite immer noch nicht genügend bekannt ist. Im Osten, Westen und Norden verlieren wir weite Strecken, aus denen wir ansehnliche Nahrungsmengen und unersetzliche Rohstoffe wie Eisenerze, Kohle und Kali bezogen. Das deutsche Kalimonopol, auf das so viele Pläne aufgebaut wurden, ist damit durchbrochen. Sämtliche Kriegsschäden, also ein Mehrfaches unseres überschätzten Volksvermögens sollen wir ersetzen. die Haftung für die früheren Bundesgenossen übernehmen, auch die Uebernahme der Militärpensionen und Hinterbliebenenrente der ganzen gegen uns vereinigten Welt wird von uns verlangt. Neben solchen Posten spielt die Unterhaltung des Besatzungsheeres fast eine bescheidene Rolle, obwohl sie in der ersten Zeit mehr erforderte als unser eigenes Wehrbudget im Frieden (jetzt ist sie auf Drängen Englands und Amerikas auf jährlich „nur“ 240 Millionen Mark beschränkt). Die Schuldenlast wird fast ausschließlich den verbleibenden Reichsgebieten aufgeladen; in keiner Weise werden unsere Kulturaufwendungen, die besonders im Elsaß sehr erheblich waren, bezahlt. Die Schutzgebiete werden uns genommen; die Haftung für die Schutzgebietsanleihen aber dürfen wir behalten.

Von der einstweilen unbegrenzten Entschädigungssumme sollen wir vorweg drei Raten, erst 20, dann 40 und, wenn uns die Commission des Reparations für leistungsfähig hält, nochmals 40 Milliarden Mark Schuldverschreibungen ausstellen und zwar in Goldmark, was heute etwa elfhundert Milliarden Papiermark entspräche. Zudem kann diese Summe noch weiter erhöht werden. Sie ist ab 1921 mit 5 pCt. zu verzinsen. Die imperialistisch-kapitalistischen Ziele kommen am unverhülltesten zum Ausdruck in der Verfügung, wonach alle Konzessionen deutscher Privatleute in Rußland, China, Oesterreich-Ungarn, Türkei, Bul-

garien usw. der Entente abzutreten sind. Die so Geschädigten mögen sich an das arme Reich halten, wie denn überhaupt der Fiskus in geradezu verschwenderischer Weise mit derartigen Forderungen überhäuft wird Denn überall konfisziert ja der Friedensvertrag den Besitz deutscher Staatsbürger. Die Beteiligung in ausländischen Staatsbanken und Schuldenverwaltungen hört auf. Deutschlands Forderungen an die ehemaligen Bundesgenossen sind zwar gestrichen, die Verpflichtungen gegen diese bleiben aber bestehen (Türkei). Die Goldausfuhr unterliegt besonderer Genehmigung. Unsere Handelsmarine wurde uns fast ganz abgenommen und die romantische Tat von Scapa Flow kostet uns noch weitere 400 000 Tonnen. Das einzige, womit wir unsere Verbindlichkeiten an das Ausland wirklich decken könnten, wäre ein Ausfuhrüberschuß. War von dem schon im Frieden keine Rede, so kann davon heute gewiß nicht gesprochen werden. Denn die Entente verlangt ja einen sehr erheblichen Teil unserer Güterproduktion umsonst oder aber weit unter den Weltmarktpreisen. Das gilt von den ersten Farbstofflieferungen, vor allem aber von der katastrophalsten Bestimmung: dem Zwang, alljährlich 42 Millionen Tonnen Steinkohle abzuliefern — eine offensichtliche Unmöglichkeit, die ja auch schon etwas gemildert wurde.

Kurzum — ein geradezu entsetzliches Dokument, das uns nur dadurch noch den Mut zum Leben läßt, weil die Entente selbst uns eine kleine Hoffnung auf Revision gelassen hat. An diese Möglichkeit, an den Glauben, daß die Vernunft auf der andern Seite noch rechtzeitig dämmern wird, klammern wir uns. Wie aber hat sich in dieser Zeit zwischen Waffenstillstandsvertrag und Friedensratifikation die deutsche Wirtschaft in ihren verschiedenen Zweigen entwickelt? Hat Deutschland, soweit es noch Herr seiner Geschicke war, größere Weisheit an den Tag gelegt als seine Richter in Paris? Die kommenden Seiten wollen versuchen, darauf die Antwort zu finden.

Zwischen Waffenstillstand und Friedensratifikation.

...Necker klagte, er habe in vierzehn Tagen für reiche Leute 6000 Pässe ausstellen müssen. Die Schweiz war von ihnen überfüllt.

...In den oberen Schichten der Gesellschaft war der Gipfel des raffiuierten Luxus erreicht, aber die Masse des Volkes...war so weit gekommen, daß es ... nicht mehr seine Nahrung erzeugen konnte.

...Und schließlich lebte immer noch die Gefahr des Staatsbankerotts. Die Staatsschulden erforderten pünktliche Zahlung der Zinsen, aber die Ausgaben stiegen und der Staatsschatz war leer...

Der Reiche, der die Revolution haßte, hütete sich in stillem Vergnügen, irgend etwas zu zahlen. In der Tat weiß man nicht, wie der Bankerott hätte vermieden werden können, ohne sich zu einer Zwangsanleihe bei den Reichen zu entschließen oder die Güter des Klerus zu beschlagnahmen. Und bald befreundete sich das Bürgertum mit dieser Maßnahme. Denn es hatte dem Staat sein Geld geliehen und wollte es keineswegs verlieren.

Peter Kropotkin „Die französische Revolution“.

Die Finanznot.

Auch ein Miquel oder ein Gladstone hätte aus dem Krieg keine geordneten Staatsfinanzen zu retten vermocht. Wenn auch alle Regeln einer vernünftigen Finanzpraxis angewandt, wenn also kaufmännisch eingekauft und rechtzeitig genügende Steuern erhoben worden wären, so würden wir doch heute vor einer kaum zu lösenden Aufgabe stehen. Auch nach einem Siege. Der Beweis ist leicht zu bringen; es genügt zu diesem Zweck uns unter den siegreichen Ländern umzusehen. Greifen wir England als den europäischen Staat mit der weitaus gesündesten Finanzpolitik heraus, so finden wir: vom 1. August 1914 bis zum heutigen Tag ein Anschwellen der Staatsschuld von Lst. 710½ Millionen auf fast 8 Milliarden, eine schwebende Schuld von Milliarden, ein Fiasko der mit 5½ pCt. Zinsen ausgestatteten Siegesanleihen, und vor allem: jeder neue Tag bringt einen neuen Fehlbetrag von rund 1½ Millionen Pfund.

Was dürfen wir da vom besiegten Deutschen Reich erwarten, wo Helfferich als Reichsschatzsekretär versagte und auch seine vor- und nachrevolutionären Nachfolger sich nicht

zu den überfälligen Steuermaßnahmen entschließen konnten, bis Erzberger, von dem man sonst halten mag, was man will, den Mut zur Tat fand.

Die Leser der „Frankfurter Zeitung" sind über die deutsche Finanzlage unterrichtet, seitdem der Berliner Vertreter ihrer Handelsredaktion das traurige Bild aufgerollt hat.[1]) In wenigen Worten zusammengefaßt, ist im neuen Jahr mit einem Jahresbedarf von 25, vielleicht sogar 30 Milliarden Mark für Reich, Einzelstaaten und Gemeinden zu rechnen, gegen 5.43 Milliarden im letzten Friedensjahr. Dabei sind die möglichen Kriegsentschädigungskosten noch nicht annähernd berücksichtigt. Der Fehlbetrag im laufenden Budget stellt sich zur Zeit auf 2 Milliarden Mark monatlich. Das Verhältnis zwischen fester und schwebender Schuld ist äußerst schlimm: Wir haben zwar rund 100 Milliarden langfristiger oder besser gesagt ewiger Schulden ausgegeben. Ihnen steht jedoch ein gleicher Betrag schwebender Schulden gegenüber in Form von Schatzwechseln und dergleichen. Bei näherem Zusehen ist das Verhältnis sogar noch schlimmer, weil jene festen Schulden, die Kriegsanleihen, nicht gut untergebracht sind. Der sanfte Zwang, mit dem sie in die Bevölkerung hineingepreßt worden waren, zusammen mit dem Geldbedarf der gewerblichen Zeichner löst jetzt eine anhaltende Verkaufsbewegung aus; die von der privaten und öffentlichen Bankwelt neugegründete Reichsanleihe Akt.-Ges. hatte dadurch zeitweise eine recht ansehnliche Aufnahmetätigkeit zu entfalten. Vor ihrer Gründung war der Kurs allmählich von über 90 pCt. zum Jahresbeginn auf 71½ gefallen; der Kurs für das Reichsnotopfer stellt sich auf 77½ pCt. Jene Aufnahmetätigkeit führt zu einer weiteren Belastung der Darlehenskassen und damit zu einer entsprechenden Erhöhung der Inflation.

Der erste Versuch, seit der letzten Kriegsanleihe eine neue, diesmal tilgbare Anleihe auszugeben, ist genau wie in andern Ländern nicht eben glänzend ausgefallen. Die 3.80 Milliarden Mark Zeichnungen auf die Sparprämienanleihe sind zwar eine gewaltige Summe, da die früheren Riesenzeichnungen und Scheinzeichnungen nicht in Frage kamen; indessen; der Betrag erscheint äußerst bescheiden gegenüber jener schwebenden Schuld, zumal von den gezeichneten ℳ 3.80 Milliarden nur die Hälfte neues Geld bedeutet. Neue Ver-

[1]) Die Aufsätze sind unter dem Titel „Die deutsche Finanzlage" von Albert Oeser auch als Flugschrift im Verlage der Frankfurter Societätsdruckerei erschienen.

suche müssen gemacht werden. Die Möglichkeiten, die zwischen verzinslichen Losanleihen und Zwangsanleihen liegen, sind recht verschiedenartig. — Das ist auch eines der vielen internationalen Probleme, unter denen heute Sieger und Besiegte leiden, wenn auch natürlich in verschiedenem Grade.

Freilich — das anhaltende Steigen der Schulden könnte ganz zweifellos erheblich gemildert werden, wenn mit eiserner Sparsamkeit verfahren würde. Wenn man aber immer neue Beamtenstellen von manchmal zweifelhaftem Wert schafft, ob es sich um Pressechefs oder Unterstaatssekretariate handelt, wenn heute in manchen Ländern mit beneidenswertem Valutastand deutsche Gesandtschaften ein wahres Heer von Beamten unterhalten, wenn beispielsweise heute mehr Militärattachés im Budget stehen als zur Zeit unserer größten Machtentfaltung, wenn diese Herren selbst nicht wissen, für was sie ihr hohes Gehalt in Goldmark beziehen, so zeigt das, wie unbedingt notwendig ein ständiger Sparsamkeitsfeldzug der ganzen Oeffentlichkeit wäre. Gerade in diesem Zusammenhang muß man auch weiteren Verstaatlichungen und Kommunalisierungen mit ihrer natürlichen Tendenz zur Schaffung überflüssiger Beamtenstellen mit gemischten Gefühlen entgegensehen.

Die Entwertung des Geldes im Ausland: Die Valuta.

In den Tagen vor dem Waffenstillstand war der Kurs der Reichsmark in der Schweiz auf 70 Centimes gefallen; wir glaubten einen unerhörten Tiefstand erreicht zu haben gegenüber dem Friedensstand von 123; in diesen Wochen aber ist unsere Valuta vorübergehend auf 10 Centimes gesunken. In der Tat, die Reichsmark ist mit der fallenden Krankheit behaftet. Heute, wo sich jeder intelligente Arbeiter mit der Valutafrage befaßt, die früher gar manchem Professor der Nationalökonomie ein Buch mit sieben Siegeln war, genügt es, die Ursache schlagwortartig zusammenzufassen:

Störungen unserer Handels- und Zahlungsbilanz: wir führen mehr Waren ein als aus, es fehlen uns die früheren Einnahmen aus Schiffahrt, aus ausländischen Wertpapieren, der Durchgangsverkehr stockt noch, unsere Außenposten in Uebersee sind eingezogen.

Mangel an Kredit; die abfällige Beurteilung unserer außenpolitischen Lage, die Angst vor dem Radikalismus, die ungünstige Aufnahme der Streikbewegung, der Um-

fang unserer Inflation und vor allem die Tatsache der Waffenstillstands- und Friedensbedingungen, ganz besonders auch die Unfähigeit der Außenwelt verhinderte die Hingabe von Leihgeld an uns.

Die Art unserer Auslandsverschuldung: der Mangel an Kredit zwang schon während des Krieges zu unsystematischen und namentlich kurzfristigen Darlehen; deren Verfall verursacht immer wieder Verlegenheit.

Die Sprengung unserer Devisenorganisation, der freie Devisenhandel: Spät, reichlich spät waren wir im Laufe des Krieges zu einer straffen Devisenzentralisation gekommen; der gesamte An- und Verkauf von fremden Zahlungsmitteln mußte durch die Reichsbank und eine enge Zahl bevorzugter Bankfirmen erledigt werden; das war gleichbedeutend mit einer nicht immer angenehmen Kontrolle. Alle Zwangsmaßnahmen, ob es sich um Impfzwang, Militärpflicht oder Schulpflicht handelt, sind lästig. Kriegsmaßnahmen insbesondere sind es in erhöhtem Grade; jeder Kaufmann, der Schwierigkeiten in der Devisenbeschaffung erfuhr, wurde ein Gegner der Zentrale, mancher Bankier vollends, der nicht zu den priviligierten gehörte, wurde schon aus Prestigegründen ihr erbitterter Feind. Als nun ohnehin durch die Besetzung von Köln und Mainz die Berliner Devisenzentrale stark geschwächt und auch im nichtbesetzten Gebiet auf jede nur denkliche Art von Groß und Klein außerhalb aber auch innerhalb der Börsen die Vorschriften durchbrochen wurden, da war allerdings die seitherige Technik nicht mehr aufrecht zu erhalten; sie bedurfte einer gründlichen Reorganisation — eine schwierige Arbeit. Die Regierung machte sich die Aufgabe sehr leicht und verfuhr „großzügig". Man verkündete fast völlige Freiheit im Devisenhandel. Die wirklichen Sachkenner der Praxis hüteten sich wohl, auf die Folgen hinzuweisen: denn ihnen winkten geradezu gewältige Gewinne. Die wenigen sachkundigen Warner wurden überhört, wurden überschrien. Die Verfechter des freien Handels, angeblich der einzigen und unbedingt sicheren Arznei für alle Nöte unserer Zeit hatten Gelegenheit, ihr Mittel zu erproben. Das Experiment hat uns wohl Milliarden gekostet. Denn die jetzt anhebende Zügellosigkeit, das gegenseitige Ueber- und Unterbieten von privaten und amtlichen Stellen auf dem Weltdevisenmarkt mußte die arme Valuta zu Boden werfen. Wenn wirklich einmal eine kleine Erholung in der Schweiz oder in Hol-

land einsetzen wollte, so warf sicher ein sich besonders tüchtig dünkender Geheimrat in einem Berliner Ministerium oder der Beauftragte irgend eines Kommunalverbandes Reichsmark um jeden Preis ins Ausland, um die Bedürfnisse seines Ressorts zu decken. Wenn aber das nicht geschah, so hatte der Filialdirektor irgend einer Bank in Memmingen, Ulm oder Marburg mit Bestensorders dafür gesorgt, daß der fremdländische Devisenarbitrageur die beabsichtigte Hinaufsetzung der Mark unterließ.

Die Kapitalverschleppungen: Die Methoden waren und sind mannigfach, wie bei Steuerschiebungen. Plumpe Banknoten- und Effektenexporte durch eine der vielen Zentralen (Gebühr 5—12 pCt.), Verkauf von Waren, deren Gegenwert im Ausland bleibt, Verkauf ganzer Industrieanlagen zu diesem Zweck usw. Es soll Plätze im neutralen Ausland geben, wo man nur schwer Besitz erwerben kann, weil so viele Staatsdiener des alten Deutschlands sich angekauft haben — ein trauriges Kapital, das hoffenlich dem Völkerbund Gelegenheit zum Einschreiten geben wird.

Die Ausnutzung des Loches im Westen durch einen profitgierigen Handel und ein undiszipliniertes Volk: Daß die Franzosen über die Westgrenze das unnützeste Zeug hereinstopfen und dafür deutsches Papiergeld usw. entgegennehmen, ist ein Unglück für uns, weil wir uns bei unserer Blutarmut vollends unsern letzten Blutstropfen entziehen. Es ist aber auch ein Verhängnis für die Franzosen, die uns dadurch immer leistungsunfähiger für jegliche Entschädigung machen. Der Haß und die Profitgier hat eben drüben die Wahrheit verhüllt, daß der Sturz der Mark den Fall des Franken bedeutet. Wer aber hat Deutschland gezwungen, die durch dunkle Elemente verteuerten Waren zu kaufen? Häufig die Not, das ist zuzugeben, wie etwa bei Kleidungsstoffen. Häufig aber auch die durch nichts zu überbietende Profitsucht des Handels und die Genußsucht der Bevölkerung. Die freie Wirtschaft hat sich auch hier nicht bewährt; auch hier scheint eine Voraussetzung zu fehlen, die dem absoluten Kommunismus fehlt: die anständige Gesinnung aller Menschen. Wenn man sicher wäre, daß nur die wirklichen Notwendigkeiten eingeführt würden, wenn die Banken sich weigern würden, schädliche Importe zu beleihen, wenn die Raucher keine Zigaretten zu Wucherpreisen rauchen, die Frauen auf französische Parfümerien und seidene Luxusstoffe ver-

zichten würden, dann wäre alles gut und schön. Da aber fast jede deutsche Großbank derartige Geschäfte der Provision wegen unterstützt, auch die größten Handelshäuser gekauft haben, was sie konnten, so haben sie unter Mißbrauch unserer politischen Ohnmacht und unter dem Schutze des freien Handels zur Befriedigung ihrer Profitgier Deutschland in unverantwortlicher Weise geschädigt und dazu vielleicht noch sich selbst das Grab gegraben. Denn wie wollen sie künftig weiter handeln, wenn ihr eigenes Verschulden und Grobverdienen das deutsche Geld im In- und Ausland wertlos gemacht hat?

Und die Wirkungen der Valutazersetzung? Eine unübersteigbare Schutzzollmauer; lästig für das Ausland, das einen guten Kunden verliert, verheerend für uns, die wir dadurch von unentbehrlichen Auslandsgütern abgeschnitten, zum Hunger und zur Arbeitslosigkeit gelangen.

Eine beispiellose Ausfuhrprämie: für den Fabrikanten ist eine Exportprämie immer etwas recht angenehmes gewesen; für den heimischen Verbraucher und damit für die große Mehrzahl des Volkes war das stets eine zweifelhafte Sache. Heute, wo diese Prämie u. U. hunderte von Prozenten beträgt, liegen ihre Schattenseiten für jedermann so klar, daß gewisse Vorteile ganz verblassen. Wir stehen vor, oder besser gesagt in und hinter einer außerordentlichen Verschleuderung von Volksvermögen. Dabei ist der Fabrikant häufig ziemlich unschuldig daran, weil er über die Auslandspreise nicht mehr unterrichtet ist wie früher, wo er über eine Auslandsorganisation verfügte, die heute meistens gar nicht mehr zu zahlen ist — eben aus Valutagründen. Er wird über die Weltpreise nur zu häufig unterrichtet durch die ausländischen Käufer, die keinen Anlaß haben, ihm hohe Preise zu nennen. Man sucht jetzt durch die Bildung von autonomen Ausfuhrsyndikaten das Uebel zu mildern. Die gute Seite der Angelegenheit besteht darin, daß jetzt, wo der Haß im Ausland gegen uns noch so außerordentlich groß ist, wenigstens unsere billigen Preise uns dort in Erinnerung bringen.

Die Gefahr ausländischer Abwehrmaßnahmen: die billigen Preise machen die ausländischen Produzenten ängstlich und unwillig. Sie rufen gegen das neue, dieses Mal so unfreiwillige Dumping-System der Deutschen ihre Regierung zu Hilfe. Deutschland wird wieder zum wirtschaftlichen Störenfried abgestempelt. Erneuter Haß

und Schutzzollmaßnahmen drohen. (Das wirksamere Mittel für das Ausland wäre natürlich Hebung der deutschen Valuta.)

Preis- und Währungsrevolution, wirtschaftliche und politische Krisis: der Fall der Valuta bringt einen entsprechenden Anstieg der Preise, erfordert immer mehr Geldzeichen im Inland, verschärft die Inflation, zwingt zu immer neuen Lohnbewegungen, also zu Unruhen zwischen Arbeitgeber und -nehmer, aber auch der Staats-Beamten, die das Budget um Milliarden belasten, verhindert die notwendige Einfuhr, bringt Mensch und Maschine zum Hungern und löst damit die erneute politische Umsturzgefahr aus.

Die Entwertung des Geldes im Inneren: Die Inflation.

Was Valuta ist, weiß heute jedermann. Und das ist gut. Was Inflation bedeutet, ist leider den weitesten Kreisen noch ziemlich unklar. Und das ist sehr bedenklich. Denn es handelt sich um eine schwere, furchtbar schwere Krankheit, die gleich der tückischen Grippe die ganze Welt heimgesucht hat und die in Deutschland besonders schlimm haust. Den Krankheitserreger kennen wir: es ist der Krieg. Die vielzitierte Behauptung des alten Montecuccoli haben die Schatzkanzler des Weltkriegs nach dem Rezept des Mephisto widerlegt. Man hatte kein Geld. Und so machte man Geld. Der Weg war einfach. Die Zentralnotenbank — bei uns die Reichsbank — bekam vom Fiskus Wechsel. Dafür stellte sie dem Staat einen entsprechenden Gegenwert bereit. Darüber verfügte der Staat auf zweierlei Weise. Zum Teil hob er Banknoten ab, die dann zur Löhnung, zur Zahlung von Heeresbedarf usw. verwandt wurden, zum Teil aber verfügte der Staat über die Guthaben durch Banküberweisung, wie das vor allem bei Großlieferanten der Fall war. Denn die Rechnungen von Krupp zahlte der Fiskus wohl kaum mit Banknoten. Diese Bemerkung ist nicht überflüssig. Denn die künstliche Kaufkraft, die sich das Reich mit jener Operation verschaffte, kommt nicht lediglich zum Ausdruck in der unheimlichen Aufblähung (das ist die wörtliche Uebersetzung von Inflation) des Notenumlaufes. Um den ganzen Umfang der Inflation zu messen, müssen wir neben der Beobachtung der Notenanschwellung auch untersuchen, wie das sogenannte Giratgeld, das sind die Bankguthaben,

infolge jener Vorkommnisse gestiegen sind. Wer also Inflation gleichsetzt lediglich mit Anschwellen des Papiergeldumlaufes in seinen verschiedenen Formen, der kommt zu einem viel zu optimistischen Ergebnis.

Der Grund aber, warum jene Krankheit, jene Wassersucht am Volkskörper so bedrohlich geworden, liegt daran, daß die künstliche Kaufkraft nicht auf den Staat beschränkt war: der Staat infizierte nämlich auch seine unmittelbaren und mittelbaren Lieferanten mit dem Bazillus, indem er ihnen für kurante und unkurante Ware Ueberpreise zahlte — teils aus Not, teils aus Unfähigkeit. (Uebrigens ein Kennzeichen der Kriegswirtschaft aller Länder und aller Zeiten). Der Krieg wurde zur „Occasion". War das ein böses Uebel, so drohte in dem Augenblick die schwerste Katastrophe, in dem der Staat verabsäumte, jene Ueberpreise rechtzeitig wegzusteuern. Dadurch gab er fast allen Produzenten und Händlern und zeitweise auch weiten Arbeiterschichten künstliche Kaufkraft. Ein jeder Angehörige dieser Stände dünkte sich plötzlich reich. Ihn focht die ständige Abnahme der produktiven Arbeit, das Nachlassen des Angebotes wenig an. Er zahlte in Gottes Namen mehr. Der Fabrikant für neue Dampfkessel, der Händler für das Perlenkollier, der Munitionsarbeiter für Obst und Eier. Das mußte die Preise treiben und immer weiter treiben, je mehr die Lagervorräte sich lichteten und die Brieftaschen und Bankguthaben anschwollen. Die Revolution hat die Erbschaft aus der Kriegszeit getreulich übernommen und zu immer größerer Blüte gebracht.

Die Wirkungen jener ungesunden schleichenden Krankheit hatten zunächst die Festbesoldeten und die Rentner — vom Invaliden bis zum pensionierten Minister und der Millionärswitwe — zu spüren. Die andern freuten sich noch, waren glücklich über ihren Reichtum, hatten keine Ahnung, daß sie nur Scheinmillionäre waren, daß sie den Teufel im Leibe hatten — und wissen es teilweise heute noch nicht. Sonst würden sie nicht gegen Vermögenssteuern wettern, diese für ein soziales Experiment verschreien, während sie bei Licht besehen doch gerade vom kapitalistischen Standpunkt ein unentbehrliches Rettungsmittel sind. Denn nur durch eine unbarmherzige Abzapfung des Wassers wird aus dem Scheinkapital wieder wahres Kapital. Ist man garnicht darüber stutzig geworden, daß die klugen Männer in Moskau durch eine Financierung des Notendruckes den Kapitalismus ad absurdum führen wollten? Aber freilich, die

Spekulation der Demagogen nach oben ist nicht übel. Denn das Währungsproblem erfordert theoretisches Denken und Können. Und damit ist es oben wie unten noch schlecht bestellt — die Phrase beherrscht das Feld.

Die Katastrophenhausse der Börse und die Banken.

Auch ihre zahlreichen Feinde haben der Börse bisher stets eines zugebilligt: die feine Witterung für politischen und wirtschaftlichen Umschwung. Die Börse war als zuverlässiger Konjunkturbarometer anerkannt. Ein Steigen der Aktienkurse kündete frühzeitig eine Besserung, ein Fallen der Kurse das Gegenteil an — was nebenbei bemerkt seine sehr natürlichen Gründe hat. Denn die Börse gleicht einem Reservoir, in dem sich in Form von Kauf- und Verkaufsaufträgen die Informationen aller Gewinnlüsternen vom Stenotypisten des Generaldirektors bis zum Diplomaten sammeln; und zum Handwerk des Börsianers gehört die möglichst schnelle Zufuhr von Nachrichten und ihre kritische Prüfung genau so, wie der Arzt auf Pulsschlag und Temperatur achten muß.

Diese Zuverlässigkeit auf die Kurskurve klappt seit Jahr und Tag nicht mehr. Je schlechter es uns geht, desto höher steigen die Kurse. Schon im Kriege war das ähnlich. Friedens-„Befürchtungen" warfen die Kurse, die Erwartung auf eine Verlängerung des alles vernichtenden Krieges ließ sie steigen. Und nach dem Zusammenbruch zeigte sich das noch schärfer. Zuerst zwar eine kurze kräftige Panik. Dann aber das alte Schauspiel. Je mehr das ganze Elend zu Tage trat, desto lebhafter ging es in den wie noch nie gefüllten Börsensälen in die Höhe. Der Geschäftsumfang wurde immer größer; kaum konnten die Aufträge ausgeführt werden, die Banken gerieten trotz außerordentlicher Vermehrung ihres Personals und trotz Einschaltung von Ueberstunden in Verlegenheit, konnten ihre Bücher und Korrespondenz nur mühsam auf dem Laufenden halten, besonders da im Laufe des Jahres neben dem Börsengeschäft noch weitere neue und teilweise sehr gewinnreiche Aufgaben an sie herantraten wie die Zunahme der Depots infolge der Steuergesetzgebung, ferner vor allem das aufregende, aber rentable Devisengeschäft, und auch in manchen Gegenden die Finanzierung mehr oder weniger wünschenswerter Warenimporte; schließlich muß auch der Wiederbeginn der Emissionen in Zusammenhang mit der Hochflut von Kapitals-

erhöhungen erwähnt werden. Wie erklärt sich nun jene merkwürdige Tendenz der Börse? Hat sie etwa ihren Anspruch, Barometer zu sein, verloren? Nicht so ohne weiteres; freilich muß man jetzt die Bewegung der Quecksilbersäule umgekehrt wie früher und mit starken Vorbehalten ablesen. Auch jetzt wie schon während der letzten Kriegsjahre ist das Steigen der Kurse äußerst symptomatisch — leider für etwas sehr Trauriges, für das wachsende Valutaelend, die bedrohlich steigende Inflation und — im Zusammenhang damit — die unaufhörliche „Flucht vor der Mark". Hatte im Krieg die verhängnisvolle Liberalität des auftragsvergebenden Fiskus der Rüstungsindustrie — und wer gehörte nicht zu ihr? — Riesengewinn, Bonus, Gratisaktien gebracht, so trat jetzt die Inflation in anderer Weise in Erscheinung. Die geringe Meinung vom deutschen Geld in seinen verschiedenen Ausdrucksformen erhöhte die Meinung für jegliches Papier, dem entweder etwas Reales, Greifbares gegenüberstand, also Aktien und Obligationen von Industrieunternehmungen und zeitweise Pfandbriefe oder aber für sogenannte Valutapapiere, also Effekten, deren Auszahlung in fremder, besserer Währung in Aussicht stand oder mit mehr oder weniger Recht erhofft wurde. Wahre Orgien feierte die Börse auf diesen Gebieten. Festverzinsliche Papiere auch heute noch nicht gerade erstklassiger Staaten, wie Mexikaner und Griechen stiegen um 100, 200, 300 pCt. im Laufe des Jahres, zweitklassige amerikanische Bahnwerte, die man in den ersten Kriegsmonaten um die Hälfte oder ein Drittel des Nennwertes angeboten bekam, kosten heute fast das Zehnfache. Ganz zu schweigen von den Lieblingen der Börse und deren Mitläufern, wie Canadas, Schantung oder Steaua Romana, die 1000 pCt. zeitweise erreichten und überschritten, oder vom Markt für Kolonialpapiere, in denen ein kritikloses Spiel die tollsten Schwankungen verursachte.

Diese zunehmende Spielwut, dieses wachsende Verlangen nach arbeitslosen Einkünften ist neben der Flucht vor der Mark das, was wir an den Börsenkursen und an den riesenhaften Börsenumsätzen ablesen können. Und hier ist vielleicht schon der Keim zu einem bösen Ende zu sehen. Denn in dem Augenblick, in dem Gevatter Schuster und Schneider, oder besser gesagt Banklehrling und seinesgleichen nicht selten unter wohlwollender Duldung ebenfalls spielender Bankdirektoren einfach kaufen, ohne die Papiere zu kennen, ohne über die nötigen

Mittel zu verfügen, kann das luftige Kursgebäude gar zu leicht ins Wanken geraten. Die kürzliche Episode am Kolonialaktienmarkt gab einen kleinen Vorgeschmack. Dann wird sich wieder das alte Börsenwort bewahrheiten: „Es wird nicht geläutet, wenn sich die Tendenz in ihr Gegenteil verkehrt."

Vorzugsaktie und Kapitalsverdoppelung — die Sorgen des Privatunternehmens.

Ein gutes Gesetzbuch muß die Kodifizierung der herrschenden Ansichten und Gebräuche bilden. Unter diesem Gesichtspunkt ist unsere Aktiengesetzgebung wenig ideal. Denn sie geht von einer Fiktion aus, die im praktischen Leben kaum zu finden ist: sie setzt den Aktionär auf die Stufe des Unternehmers im Privatbetrieb; setzt bei ihm einen gewissen Anteil an seiner Gesellschaft voraus, der nur selten zutrifft und räumt der Gesamtheit der Aktionäre daher außergewöhnliche Rechte ein. Nie war das Papierene und Veraltete dieser Gesetzgebung klarer zu Tage getreten als jetzt, wo den gleichgültigen Aktionären ihre verbrieften Rechte durch die Verwaltung in unglaublicher Weise gemindert werden und wo diese Minderung fast widerspruchslos hingenommen wird: Wir meinen die Schaffung von Vorzugsaktien mit doppeltem bis dreißigfachem Stimmrecht. Da die Vorzugsaktien im engen Kreis der Verwaltung bleiben, so wird das Mitbestimmungsrecht der gewöhnlichen Aktionäre immer fragwürdiger. Begründet wird diese höchst beachtenswerte Neuerung durch Hinweis auf Aktienkäufe aus dem Ausland: diese können tatsächlich unter Umständen zu Majorisierung durch fremdstaatliche Kapitalisten führen und bilden übrigens auch einen Grund für die vorhin behandelte Börsenhausse. Die Gefahr schwebt unleugbar häufig über den Gesellschaften; in sehr vielen Fällen aber greifen die Verwaltungen nur zu gerne zu diesem Mittel, das ihnen für alle Zeiten gestatten soll, mit wenig Kapital ihre Herrschaft aufrecht zu erhalten. Denn es hätte andere Auswege gegeben, als vorübergehende Bedrohungen durch bleibende Einrichtungen zu bekämpfen. Da aber der Stammaktionär sich ohne weiteres gefügt hat, so hat er über sich selbst das Urteil gesprochen, sein Desinteressement erklärt. Er ist als Mitbestimmender zurückgedrängt. Wird seine Stelle leer bleiben, oder sollten nicht an seiner Stelle denen mehr Rechte gewährt werden, deren Schicksal auf Gedeih und Verderb mit der Un-

lernehmung verknüpft ist: das ist in allen Fällen der Arbeitnehmer aller Grade und bei Monopolgesellschaften auch der Verbraucher. — Nun, der Anfang zu dieser Entwicklung ist gemacht.

Die geschilderte Ausgabe von Vorzugsaktien beschränkt sich bis heute auf einige Dutzend Gesellschaften und wird wohl erst Schule machen. Dagegen ist die Ausgabe von Stammaktien und zwar in sehr hohen Beträgen an der Tagesordnung. Keine Woche vergeht, an der nicht ein rundes hundert derartiger Anträge veröffentlicht wird. Sehr häufig handelt es sich um Verdoppelung, manchmal gar um Verdrei- und Vervierfachung des Grundkapitals; daneben sind Obligationsausgaben nicht selten. Auch hier sehen wir die Folgen der Inflation, des gesunkenen Geldwertes. Das Betriebskapital ist zu klein geworden. Und die Folgen: das seitherige Kapital wird verwässert, da die neuen Werte sehr billig an den Markt kommen und die Gesellschaften nur minderwertige Papiermark erlösen, die sie nicht geringer verzinsen dürfen, als die alten Aktien, für die sie noch kaufkräftige Goldmark erhalten hatten. Ob wohl die kurstreibende Börse diesen heiklen Umstand klar erkannt hat? Ob sie die Miliardenbeträge wird verdauen können? Schon sind die Bezugsrechte recht billig zu haben.

Und was macht der Privatunternehmer, der nicht neue Anteile ausgeben, sondern mit Vermögenssteuer, Reichsnotopfer, Erbschaftssteuer rechnen muß? —

Die Zentralfragen der Industrie: Kohlennot und Preisrevolution.

Ob wir mit Zementfabrikanten oder mit Metallindustriellen, mit Papierinteressenten oder Porzellanbrennern sprechen: immer hören wir dieselbe Klage: Aufträge liegen reichlich aus In- und Ausland vor; der Kohlenmangel aber hindert einen geordneten Betrieb, zwingt sogar zu Stillegungen und die fast täglich steigenden Kosten für Rohmaterialien und Löhne machen jegliche Kalkulation auf weiter hinaus fast zur theoretischen Spielerei.

Der Kohlenmangel ist nur zu leicht erklärt. Von unserer Friedensforderung von rund 190 Millionen Tonnen Steinkohle kamen 12 Millionen aus dem uns vorerst verlorenen Saarbecken, 58 Millionen aus dem gefährdeten Oberschlesien. Siebenstündiger Arbeitstag, schlechter Zustand der Stollen, durch politische, wirtschaftliche und physiologische Tatsachen hervorgerufener Leistungsrückgang brachte die Förderung zeit-

weise auf 50 pCt. des Normalstandes und dürfte auch heute kaum 65 pCt. wesentlich übersteigen. Es fehlt an Bergarbeitern und an Wohnungen, diese unterzubringen. Dazu der verhängnisvolle Waggonmangel und die leider so modernen Manipulationen auf den Bahnen, wo angeblich Tag für Tag 3000 bis 4000 t spurlos verschwinden, um dann als kostbare Schiebekohle wieder aufzutauchen. Würde das alles schon genügen, um unsere Kohlenversorgung für Hausbrand und Fabrik stark zu gefährden, so tritt hier noch die Bestimmung des Friedensvertrages hinzu, der von uns 42 Mill. Tonnen jährlich verlangt. Man weiß in Frankreich, wo ebenfalls ein böser Kohlenmangel herrscht, nur zu gut, daß wir unmöglich jene Menge liefern können und hat deshalb Abstriche bewilligt. Aber trotzdem wird die Lage für uns verzweifelt werden, wenn die Lieferungen voll in Gang kommen. Ob allerdings die Kohlennot im heutigen Umfang nicht auch teilweise an schweren Organisationsmängeln leidet, ob die Stillegung von Elektrizitätswerken u. dergl. im Industriegebiet, unvermeidlich ist, ob die Ueberlassung der so raren Waggons zu Holztransporten auf weite Strecken zu rechtfertigen ist?

Die Folgen der Kohlennot äußern sich in empfindlichen Ausfällen aller Produktionsziffern: die Eisen- und Stahlerzeugung beispielsweise ist etwa halb so groß wie im Frieden. Rohbaumwolle für unsere dringend benötigte Bekleidung ist angeblich aus Bremen wieder exportiert worden, weil die Spinnereien keine Kohle erhielten. (Sollten da nicht auch Valutagewinne mitgespielt haben?) Die chemische Großindustrie hat seit Wochen viele Betriebe, besonders im besetzten Gebiet, stillgelegt. Aehnliche Maßnahmen sollen in Württemberg bevorstehen; in Thüringen muß man einige Wochentage die Anlagen ruhen lassen. Anderswo hat man sich beholfen, so einzelne Exportindustrien mit der phantastisch teueren und auch nicht unbegrenzt lieferbaren amerikanischen Kohle oder mit Oel, das aber mit jeder Lieferung teurer und häufig auch schlechter wird.

Der zweite sehr ernste Mißstand der Industrie, die fortwährend steigende Teuerung wird einstweilen leider noch nicht ernst genug genommen. Man tröstet sich schnell damit, daß man jeden Aufschlag ohne weiteres reichlich auf die Verkaufspreise schlagen kann; höchstens macht sich jetzt insofern ein gewisses Unbehagen bemerkbar, als die Betriebskapitalien zu knapp werden. Da hilft man sich — einstweilen! — mit neuen Aktien, so lange der Markt sie noch aufnimmt.

Aber, aber mit der seitherigen Erzielung von auskömmlichen Verkaufspreisen könnte es bald Schluß sein, wenn sich die künstliche Kaufkraft durch Steuern usw. ins Gegenteil wandeln würde. Dann wird es sich zeigen müssen, ob das Ausland gewillt ist, d a s abzunehmen, was der unendlich geschwächte Inlandsmarkt nicht mehr zu bezahlen vermag. Einstweilen aber bringt jeder Tag neue Aufschläge, namentlich bei den frei bewirtschafteten Waren, deren Zahl ja schnell wächst. Baumwolle, Leder, Holz, Wein, Eisen kosten heute Tausende von Prozenten mehr als im Frieden!

W a s, so fragt man mit angehaltenem Atem, s o l l aus alledem noch w e r d e n? Und w i e, so muß man sich doch wohl weiter fragen, sind denn d i e D i n g e j e n s e i t s unserer G r e n z e n? Ist dort alles schön und gut? Das Schlußkapitel will versuchen, auf diese Fragen zu antworten, zwischen denen vielleicht ein innerer Zusammenhang besteht.

Die Krisis als Weltproblem.

Es gibt kein stabiles Europa ohne ein stabiles, geordnetes Deutschland, und wir werden nie ein stabiles, geordnetes, blühendes Großbritannien haben, solange sich Europa in unmittelbarer Nähe in Anarchie und Aufruhr windet.
General Smuts.

*

Eine ganze Stadt kann in Dunkel gehüllt werden durch einen Fehlgriff an einem einzigen Hebel am Schaltbrett. Aber wie einfach ist so ein Mechanismus, verglichen mit dem Mechanismus der modernen Gesellschaft, und wie unwesentlich ist jenes mechanische Versehen, verglichen mit der Zerstörung der wesentlichsten Bestandteile jener großen Industrie-, Handels- und Finanz-Maschinerie, die das Leben des modernen Europa verkörperte.
Frank A. Vanderlip in seinem Buch:
What happened to Europe.

Die Sorgen der andern.

David Lloyd George, vielleicht ein arger Dilettant, sicher aber ein Mann mit einem beispiellosen Instinkt, hat kurz nach unserm Zusammenbruch seinen Wählern versichert, Deutschland müsse die englischen Kriegsausgaben auf den Penny bezahlen. Genau ein Jahr später versicherte derselbe Mann, die Welt müsse unbedingt Zentraleuropa ausgiebigste finanzielle Hilfe gewähren.

Was hat diesen Meinungsumschwung herbeigeführt, den man sich kaum größer vorstellen kann? Singen uns etwa die, welche uns vor einem Jahr noch kreuzigen wollten, heute Hosianna, sind die Huns und Barbarians plötzlich beliebt geworden? Oder ist plötzlich über den Mitschuldigen an den Brutalitäten des Versailler Friedens, an der Aufrechterhaltung der Hungerblockade gegen ein wehrloses unterernährtes Volk der Geist der Menschenliebe gekommen? Niemand wird das glauben. Beide Reden gehen trotz ihres Gegensatzes vom selben Motiv aus: dem sacro egoismo. Der englische Ministerpräsident kennt nur eine Richtschnur für sein Handeln. Und das ist das Wohl seines Volkes. Er und mit ihm die andern Dilettanten im Rate der Fünf, geblendet von Haß, Furcht und Rachsucht, hingen noch in Paris an dem weitverbreiteten Laienglauben, daß die Bereicherung des eigenen

Landes auf die Dauer vereinbar sei mit der Ausplünderung des Nachbarn — ein Irrglaube, der im Deutschland der Vaterlandspartei und der raschen Niederzwingung Englands auch zu finden war. Zwar hatten im Lager der Entente nie die klaren Köpfe gefehlt, die vor solchem Irrglauben warnten. General Smuts, Lord Lansdowne, Hoover, Frank A. Vanderlip, Hirst, der Economist, die Nation sind Vertreter dieser Richtung. Und gerade Finanzgrößen waren die eifrigsten Warner. Schon vor Jahresfrist schrieb die National City Bank in New York in ihren meisterhaften Monatsberichten anläßlich einer eingehenden Studie über die Notwendigkeit eines Verzichtfriedens u. a.:

Wenn der Anreiz fehlt, der künftig das deutsche Volk zur Arbeit und zu Neuanlagen veranlaßt, wie Deutschland sie in der Vergangenheit errichtet hat, so werden alle Berechnungen über die Höhe von Kriegsentschädigungen wertlos sein. Es gibt keinen Weg, um Menschen zu wertvoller Arbeit zu bewegen, als Bezahlung. Versklavung hat sich nie als gutes Geschäft erwiesen.

Es waren Prediger in der Wüste, die so sprachen. Auch diesmal muß erst die grausame Erfahrung die Welt klug machen. Sind wir schon so weit? Noch nicht.

Einstweilen muß eines auffallen. Die verblüffende Aehnlichkeit fast aller Finanz-, Wirtschafts- und Sozial-Probleme bei uns und bei den andern. Ein Unterschied besteht nur im Grade. Schon das äußerliche Straßen- und Gesellschaftsbild in Paris, London, Berlin und Warschau hat insofern eine gewisse Aehnlichkeit, als neben der Armut die Kriegsgewinnler sich überall unangenehm bemerkbar machen; der eine Reisende erzählt, wie in London der auch dort so hart bedrohte Mittelstand über die aufdringlichen profiteers flucht, der andere hat in Paris einen Schutzmann hinter vorüberfahrenden profiteurs die Faust mit einem bezeichnenden Ausruf erheben sehen. Das sind äußere Merkmale für den Gegensatz zwischen arm und reich. Auch ohne Revolution hat sich der Konflikt zwischen Kapital und Arbeit überall außerordentlich zugespitzt. Nie hat die Welt diesseits und jenseits des Ozeans solche Arbeiterbewegungen gesehen wie gerade jetzt. Nie sind Streiks so leicht vom Zaun gebrochen worden wie jetzt. Nie haben wir solche gewaltige Arbeiterzusammenschlüsse gesehen wie etwa während des Bahnstreiks in England oder des Kohlenstreiks in den Vereinigten Staaten. Sehr beachtenswerte und noch nicht zu überschauende Umwälzungen in der Masse bahnen sich überall an: der Interessenverband der drei Gewerkschaftsverbände

in England, die syndikalistische Shop-Steward Bewegung, die anscheinend kleine, aber sehr bewegliche Gruppe der I.W. W. in der Union, wie überhaupt der Kampf gegen die als konservativ verschrienen Gewerkschaften, Anwendung von Gewaltmaßnahmen gegen das Eigentum, die Sympathie mit dem Bolschewismus.

Längst fand das deutsche Beispiel des Achtstundentages für die Allgemeinheit und des Siebenstundentages für den Kohlenarbeiter in den großen Industrieländern Nachahmung und führte zu scharfen Produktionsausfällen, die England besonders in seinen beiden Nationalindustrien, dem Kohlenbau und der Baumwollverarbeitung, in doppelter Weise zu spüren bekommt: Verringerung der Ausfuhrmengen und Steigerung der Produktionskosten.

Aber nicht nur die verkürzte Arbeitszeit führt zur Teuerung. Auch die Inflation, das Fortwursteln mit Scheingeld wird überall beklagt und wirkt preissteigernd, selbst in den neutralen Ländern, die nicht am wenigsten und mit gutem Grunde über unerschwingliche Preise klagen. Die Währung klappt nirgends mehr so recht. Und sogar Länder mit guter Valuta zahlen Aufgeld für Gold.

Die Staatsfinanzen sind, mindestens in Europa, überall in einem miserablen Zustand. Nirgends in den früheren Kriegsländern kann man einstweilen den Ausgaben die nötigen Einnahmen, der Einfuhr die entsprechende Ausfuhr, den Verpflichtungen an das Ausland die erforderlichen Zahlungen gegenüberstellen. Die schwebenden Schulden können nicht fundiert werden. Das macht sich besonders unangenehm in der Bewegung der Valuta bemerkbar. Wir wollen von unseren östlichen Nachbarn, besonders den Jungländern aus dem Ententekonzern ganz schweigen, die trotz allerhand Währungsmaßnahmen, trotz Devalvation und dergleichen heute zum Teil noch hinter Deutschland rangieren. Aber wie steht es mit den stolzesten Vertretern der europäischen Sieger, mit Frankreich, mit England? Die französische Valuta hat langsam, aber sicher jede Bewegung der Reichsmark begleitet. Sie steht etwa auf der Hälfte ihres Friedensstandes!

Der Kurs des Pfund Sterling.

Weltpolitisch fast noch wichtiger ist die Bewegung des Sterlingkurses. Seit dem Ende der Napoleonischen Kriege und ihrer Nachwehen war England gewohnt,

seine Valuta als eine Art Fixstern anzusehen, um den sich das Weltwirtschaftssystem drehte; der brasilianische Exporteur verlangte von seinem nordamerikanischen Käufer ein Akzept auf London; denn nur das schien ihm sicher und unbeweglich wie Gold. Ein stabiler Wechselkurs war somit für die englische Nationalbilanz ein Aktivposten von gar nicht zu überschätzender Bedeutung.

In den letzten Wochen ist der Sterlingkurs in New York etwa 22 pCt. unter den Nennwert gefallen. Die Folgen sind noch nicht abzusehen. Zunächst nützt dieser Sturz nicht gerade dem Ansehen des Mutterlandes im Britischen Weltreich, wo ohnehin heute die Verhältnisse teilweise kritischer sind, als man zugibt, am kritischsten übrigens unmittelbar vor der Türe, im völlig rabiat gewordenen Irland. Von den Kolonien empfindet die schlechte Valuta besonders störend Indien, das als halbes Silberland noch durch die Bewegung auf dem Silbermarkt ohnehin eine scharf ansteigende Richtung seiner Wechselkurse aufweist. Die höchst merkwürdige Bewegung für das weiße Metall, dessen Preis seit Kriegsbeginn auf ein Mehrfaches gestiegen ist, äußert sich am deutlichsten im Stand des chinesischen Taelkurses. Dieser kostet heute in London 8 sh 1 d gegen etwa 2 sh 6 d früher. (Deutsche haben für die chinesische Münze somit statt früher 2½ jetzt etwa 76 Mark zu zahlen.)

Wird Amerika helfen?

Was aber sagt Amerika zu den europäischen Valuten? Wird man darüber zur Tagesordnung übergehen? Der abgrundtiefe Sturz der deutschen Reichsmark bis auf zeitweise 1¹⁵/₁₆ Cents gleich 8 Pfennigen alter Relation hat die Amerikaner offensichtlich kalt gelassen. Es ist nun die Frage, ob man dem Fallen des Pfundwechsels ebenfalls ruhig zusehen oder gar sich darüber freuen wird. Amerika ist hier in der Lage wie etwa eine Großbank, deren bedeutendste Konkurrentin vor Zahlungsschwierigkeiten steht. Eine derartige Situation ist keineswegs sehr angenehm. Wenn solche Dinge vorkommen, so gibt es nur eines, man stützt den schwachgewordenen Konkurrenten. Nur so verhütet man schlimmstes Unheil, wie der Verlauf der Baring-Krisis zu Anfang der 90er Jahre beweist. Andernfalls führt es zu einem Krach wie 1907, als Morgan den Dingen ihren Lauf gab.

Nun gibt es sehr kluge Politiker, die uns prophezeien, die Amerikaner würden, angewidert von den Widerwärtig-

keiten, die sie in der alten Welt gerade auch bei ihren Freunden erlebt hätten, dieses in jeder Beziehung heruntergekommene Europa sich selbst und seinem Elend übereignen, es ruhig im eigenen Dreck ersticken lassen. Ob hier die Politiker so ganz die wirtschaftlichen Tatsachen beachten? Wir haben zu Anfang unserer Rückblicke einen guten Teil unseres Elends auf die politische Unbildung unserer vielen Industriekapitäne zurückgeführt. Sollte nicht bei den wenigen politischen Köpfen manchmal die Gefahr wirtschaftlicher Unkenntnis vorliegen? Kann Amerika wirklich Europa im Stich lassen? Ist es wirklich denkbar, daß, wie jene Politiker und tägliche Aufsätze von Pseudosachverständigen sich das vorstellen, die Union kurzerhand ihre Ausfuhrgüter nach Südamerika oder China sendet? Darf gegenüber solchen Ankündigungen der Wirtschafter fragen, woher von einem Tag zum andern in Buenos Aires oder Schanghai 80 Millionen Baumwollspindeln oder die Metall- und Elektro-Fabriken erstehen sollen? Und woher die Arbeiter für die Bedienung der Maschinen, die Konsumenten für den Verbrauch kommen sollen?

Nein, nicht nur Europa, sondern die ganze Welt ist ein äußerst feiner Mechanismus, wo kein Land ungestraft ausgeschaltet werden darf. Man kann aus dem Radwerk nicht ein Zahnrad herausnehmen, sonst laufen die andern in der Luft, greifen nicht mehr in einander. Was aber soll geschehen, wenn man gleich ein halbes Dutzend der wichtigsten Bestandteile zum alten Eisen wirft?

Die nächste Zukunft.

Großen Optimismus für die allernächste Zukunft an den Tag zu legen, mutet fast wie Feigheit an. Wenn nicht ein Wunder geschieht, so müssen die kommenden Monate in vieler Beziehung noch härter werden, als die abgelaufenen. Der Blick nach Wien gibt zu denken. Bisher war der Zustand Deutsch-Oesterreichs von heute unser Morgen. Wir wollen hoffen, daß wir den Kelch der armen Wiener nicht voll auskosten müssen, weil wir reicher an Agrargebieten, körperlich in etwas besserem Zustand und im Zusammenhang damit vielleicht auch arbeitsfreudiger sind. Aber auch dann bleibt die Lage furchtbar ernst. Noch haben wir den Winter erst zum Teil hinter uns. Ist er glücklich überstanden, so wird der Brennstoffmangel für die Industrie vielleicht noch fühlbarer werden. Denn Frankreich hat von uns einen protokollierten Anspruch auf unsere Kohle. Und vor allem droht

eine Teuerung, die auf vielen Gebieten die heutigen Phantasiepreise noch billig erscheinen lassen wird. Denn die Stiefel und die Handschuhe, die wir zu Weihnachten kauften, stammten aus einer Zeit, in der die Valuta noch nicht auf 9 pCt. gefallen war. Lohnbewegung und Teuerung werden ihr Wettrennen fortsetzen. Viele werden auf der Strecke liegen bleiben — wenn nicht ein Wunder geschieht.

Woher aber soll dieses Wunder kommen? Die nächste, dringendste Hilfe vermag uns nur Amerika zu gewähren, durch einen Kredit in irgend welcher Form. Das schreckliche Unglück der armen Deutsch-Oesterreicher ebenso wie die Unordnung selbst im geordneten England mag uns vielleicht helfen. Wenn die Leute nicht ewig blind sind, so müssen sie doch erkennen, wohin die Fahrt geht. Aber es ist hohe, es ist höchste Zeit!

Sparen und Steuerzahlen. — Achtstundentag und Produktionssteigerung.

Die erste Hilfe für uns muß von außen kommen; Kredit und Aenderung des Friedensvertrages können uns vor dem Schlimmsten retten. Dann aber müssen wir uns selbst helfen. Die Mittel zu nennen ist leicht: sie anzuwenden unendlich schwer. Aber nicht unmöglich. Sie heißen Sparsamkeit und erhöhte Gütergewinnung. Denn heute leben wir wie die Verschwender. Der Durchschnittsdeutsche und die Volkswirtschaft verbraucht erheblich mehr als die Einkünfte betragen. Die Meisten wissen gar nicht so recht, wie sie Woche für Woche mit Unterbilanz arbeiten. Der Angehörige des Mittelstandes, der mit Ach und Krach die laufenden Ausgaben für sich und die Seinen bestreitet, ist wie ein Fabrikant, der für seine Ware knapp die Rohstoffpreise und Löhne erhält, aber weder die Amortisation, geschweige denn einen Gewinn erzielt. So ein Mann muß in absehbarer Zeit fallieren. Auch der Einzelne amortisiert heute nicht, nicht sein Inventar vom Kragen bis zur Einrichtung, noch sich selbst, da er doch auch an später denken muß. Das Beunruhigende ist, daß die große Masse noch gar nicht ahnt, wie schlecht es ihr wirklich geht; wie wäre es sonst möglich, daß der Tabakgenuß auch in seinen teuersten Formen lustig fortdauert, daß die Vergnügungslokale Nacht für Nacht angefüllt sind? Man ahnt nicht, daß jeder Tag eine Unterbilanz bringt. Man kann nicht rechnen.

Genau so wie dem Einzelnen geht es der Gesamtwirtschaft, sie kann nicht das Laufende decken, geschweige denn an Neuanschaffungen denken.

Und da wagt man noch von Sparen zu sprechen, wo die Steuerlast doch jetzt erst anhebt? Da faselt man von erhöhter Produktion, wo wir gerade jetzt den Arbeitstag verkürzt haben? Und außerdem, von was soll denn der Schornstein rauchen, wenn die Masse zum Sparen angehalten wird? Wird Handel und Wandel nicht furchtbar leiden; wenn die Masse nicht mehr kauft, wenn alle Umsätze zusammenschrumpfen? Um mit dem letzten Einwand zu beginnen, den man bezeichnender Weise aus den Kreisen des Detailhandels häufig vorgelegt bekommt, so sei darauf verwiesen, daß Sparsamkeit in Verbrauchswaren nicht nur Güter für die Ausfuhr freigibt, sondern vor allem Hände frei macht, die statt schnell vergänglicher Konsumgüter werbende Produktionsmittel schaffen, an denen es uns so bitter fehlt.

Der Verkäufer von Luxuswaren, von Juwelen, von feinen Porzellanen, von all den schönen Dingen, die uns dort in die Augen fallen, wo die elegante Welt ihre Einkäufe macht, wird empört protestieren und fragen, was aus ihm werden solle. Nun, soweit er lediglich Verkäufer und zwar für den Inlandsmarkt ist, wird er eben sich umstellen müssen. Das wird ihm erheblich leichter fallen als dem Volksgenossen, der vor dem Krieg mit seinen zwei gesunden Armen ein Handwerk getrieben und der jetzt als Einarmiger sich eben auch umstellen muß, ohne daß gar zu viel Aufhebens gemacht wird. Der seitherige Luxushändler hat es unendlich leichter; er kann sein Kapital ohne allzu viel Mühe in irgend einer produktiven Weise anlegen, kann sich an einer Schraubenfabrik beteiligen oder künftig Prothesen verkaufen. Und was wird man nicht alles künftig als Luxus ansehen; wir werden morgen schon Dinge darunter rubrizieren, die wir heute zu den selbstverständlichsten Lebensnotwendigkeiten zählen. Wird man beispielsweise von dem Festbesoldeten noch weiter vom Stehkragenproletarier sprechen können, wenn er binnen kurzem keinen mehr tragen wird?

Freilich, so weit Luxusware für die Ausfuhr in Betracht kommt, soll und wird sie auch weiterhin hergestellt werden. Denn wir werden froh sein müssen an jedem Exportgut. Wir werden da gar nicht wählerisch sein dürfen

Wir werden uns weder über Kunstwerks-, noch über Aktien-, noch über Warenkäufe Landesfremder viel aufregen dürfen, weil wir sonst nichts bezahlen können, sofern nur zwei Voraussetzungen erfüllt sind: Die Exportpreise müssen angemessen sein und bei den Exportwaren darf es sich weder um Produktionsmittel, noch um im Inland unentbehrliche und nicht genügend vorhandene Konsumgüter handeln. Wir können nicht zusehen, daß ganze Maschinenanlagen lediglich wegen des Valutaelends abmontiert und Stiefel oder Holz hinausgeschoben werden, wenn hier die Bevölkerung kein Schuhwerk und nichts zu brennen hat.

Bei dem außerordentlichen Kapitalmangel wird, so ist zu befürchten, der Ausfuhrhandel nicht selten vom Ausland finanziert werden, das die Rohstoffe liefert und von uns das Fertigfabrikat verlangt. Eine Hausindustrie im Großen würde aus Deutschland werden. Kein angenehmer Gedanke. Aber immerhin ein besseres Schicksal denn Verhungern für eine dichtgedrängte Bevölkerung, der vorerst noch nicht einmal das Auswandern erlaubt sein wird. Vielleicht auch nur ein Uebergang. Denn schon mehr als einmal hat sich ein sparsamer Lohnarbeiter im Laufe der Jahre vom Unternehmer unabhängig gemacht.

Wie aber steht es mit dem Gegensatz Sparen — Steuern, Achtstundentag — Produktionssteigerung? Die Synthese ist denkbar: Denn Steuern verringern die Geldentwertung, und die Konsumkraft. Das jetzt so weitverbreitete Schlagwort, die Steuererhöhung ertöte die Lust am Sparen, ist falsch. In der Zeit der Kriegssteuern, da traf es freilich zu, wäre übrigens auch da vermeidbar gewesen, wenn man den übermäßigen Verbrauch bestraft hätte. Künftig aber, wenn man so viel für den Staat hergeben muß, wird jeder vernünftige Familienvater doppelt bestrebt sein, von dem verbleibenden Rest möglichst viel für sich und die Seinen zu sparen.

Allerdings, eine der mächtigsten Spargruppen wird künftig ihre liebe Not haben. Und das sind die armen Reichen. Man kann gegen die großen Vermögen vom politischen und sozialen Standpunkt einwenden, was man will — und es ist nicht wenig — vom Standpunkt unseres Volksvermögens und seiner Steigerung, wird die Köpfung der großen Vermögen eine sehr fühlbare Lücke hinterlassen. Man bedenke was von dem Jahresgewinn eines Stinnes oder

Thyssen für werbende Zwecke Anlage fand und vergleiche damit, was verbleibt, wenn zweihundert armselige Millionäre sich in jenen Betrag teilen müssen. Denn der moderne Industriekapitän vom skizzierten Typ hat schließlich auch nur einen Mund zum Essen und kann sich nicht zweihundert Luxusautos halten.

Wir sollten jedoch in dieser Hinsicht keine Angst haben, denn es wird und muß so weit kommen, daß an Stelle des leibhaftigen Multimillionärs der juristische Krösus tritt, ob das nun die kapitalistische thesaurierende Großunternehmung ist, wie Walter Rathenau sie schildert, oder Genossenschaften, gemischtwirtschaftliche Gesellschaften usw. Jene breite Vermögensklasse aber, die sich bisher einen hübschen Luxus gestattete und jetzt auf Auto, Dienstpersonal wird verzichten müssen, weil die Steuern es verbieten, wird dadurch zum erhöhten Produzieren beitragen. Denn die Dienstmädchen, die künftig nicht mehr worden bezahlt werden können, werden sich in der Fabrik oder aber auf dem Land in produktiver Arbeit um die Nationalwirtschaft verdient machen. Und die Drohnen im Staat werden an ihre Stelle rücken und weniger als bisher Unnützes konsumieren können von der Perlenkette bis zum Afternoon Tea. Und statt Luxusautos für zuhause werden unsere Fabriken Last- oder Exportwagen bauen können.

Wie aber steht es mit dem scheinbaren Gegensatz zwischen Produktionssteigerung und Achtstundentag? Fürs erste bringt Arbeitszeitverkürzung Erhöhung der Arbeitsleistung pro Stunde; wenn das diesmal noch nicht überall zu beobachten ist, so liegt das am Hunger, der Kriegspsychose und dem Revolutionsfieber. Es wird aber noch kommen.

Weiter aber wird der deutsche Arbeiter, veranlaßt durch seinen unausrottbaren Fleiß und die auch für ihn kommende Not neben seiner Fabrikarbeit nach freiem Entschluß die Morgen- oder Abendstunden für sich verwenden, hoffentlich auf eigener Scholle.

Und dürfen wir die T e c h n i k ganz aus dem Spiel lassen? Wenn wir ein Volk der Arbeit, der ausgezeichneten Arbeit sind, so gilt das doch schließlich nicht nur vom Handarbeiter. Der Geistesarbeiter, der Techniker und Chemiker werden auch weiter Großes leisten. Dazu bedarf es keiner Prophetengabe. Denn wir sehen ja schon in aller Oeffentlichkeit die R i e s e n s t i c k s t o f f a n l a g e n entstehen, die uns eine Hebung des Bodenertrags versprechen;

wir hören von der Spiritusgewinnung aus dem Calciumcarbid, der Stapelfaser aus der Cellulose und es wird uns versichert, daß die heutige Kohlenausnützung in wenigen Jahrzehnten als Verschwendung verschrieen sein wird. Klingt es nicht wie ein Auftakt zu einer besseren Zeit, wenn wir hören, daß Krupp jetzt statt menschenzerstörender Kanonen menschenbefördernde Lokomotiven, der Pulvertrust statt des grausamen Dynamits die heißbegehrten Spinnstoffe herstellt und der Anilinkonzern den Stickstoff nicht mehr für die Kriegs-, sondern für die Friedenswirtschaft gewinnt!

Innere Revolution auch in der Wirtschaft.

Der Krieg, dieser gigantische Zerstörer, wurde zur Occasion für das Kapital. Die Revolution ward zur Occasion für Kapital und Arbeit. Große Redensarten, kleine Menschen, keine Taten. Man kennt die Anekdote von der Bauerngemeinde, die ihrem Pfarrer ein Faß voll Wein verehren wollte; jeder sollte eine Maß in das Gefäß schütten. Als man den Hahnen aufdrehte, floß kristallhelles Wasser heraus. Jeder hatte gedacht, auf sein bißchen Brunnenwasser käme es nicht an. Das ist unsere Lage. Wir haben neben vielen armen auch viele reiche Prediger des Heiles vernommen, wir haben aber von keinem gehört, daß er sein irdisch Gut hergegeben. Ein jeder predigte nur für die andern. Noch viel schlimmer. Noch nicht einmal im Negativen war man anständig. Nie ist unverschämter geschoben, nie gröber verdient worden. Man warf den Arbeitern und wirft den Festbesoldeten heute vor, sie hätten aus der Revolution eine Lohnbewegung gemacht. Haben aber die Führer unserer Wirtschaft, wenn man von wenigen Ausnahmen absieht, das Recht, andere zu schmälern? Sollten sie nicht zunächst mit gutem Beispiel voran gehen? Man hat dem alten Preußen vieles vorgeworfen; eines könnte man heute wieder aus der Rumpelkammer hervorziehen: die eiserne Sparsamkeit. Wirtschaftsführer und Staatsmann könnten da Hand in Hand in die Schule gehen.

Noch wissen wir nicht, ob die Revolution vorüber oder ob wir erst in der ersten Reaktionsperiode sind. Man weiß, auf 1789 folgte nach Jahren der Reaktion 1792 die zweite, stärkere Revolte. Wird die heutige Gesellschaft es darauf ankommen lassen? Oder wollen wir rechtzeitig nach innen und außen mit neuen Gedanken arbeiten? Im Innern den Geist des sozialen Staates, nach außen den Völkerbundsgeist. Sozialer Staat heißt nicht Staatssozialismus. Denn

Staatssozialismus bringt gar zu leicht Bürokratisierung und Stillstand. Neue Formen der Sozialisierung müssen gefunden, uralte Formen wie das Genossenschaftswesen in Stadt und Land, in der Produktion, besonders aber im Konsum, müssen ganz anders wie bisher entwickelt werden. Wehe der deutschen Arbeiterschaft, wenn sie eigensinnig an alten Doktrinen festhält. Es heißt heute, den engen Pfad zu wandeln, der den Doktrinarismus vermeidet und der Grundsatzlosigkeit nicht verfällt. Wehe den wirtschaftlichen Führern, den Besitzenden, die hier immer nur Unangenehmes sehen, die sich jede Konzession abzwingen lassen.

Und nach außen? Wenn Leute wie Sombart, der Aesthet von gestern und der Haßprediger von heute, auch hundertmal nach Rache schreien und wenn der Spießbürger bereits den Appetit am Völkerbund eingebüßt hat, weil die Machthaber der Entente noch nicht in unsere Arme fliegen, so gibt es doch für uns keine andere Hilfe als die Zusammenarbeit mit den andern Völkern, die ohne uns und ohne die wir verloren sind. Viele von uns sind erzogen worden im Geiste des alten Römerwortes: „Es ist süß und ehrenvoll, fürs Vaterland zu sterben.“ Wir haben gelernt, daß es mit diesem Sterben, das alles nur nicht süß ist, nicht getan ist. Wir haben gelernt, daß der angebliche Jungbrunnen Krieg in Wahrheit der Zerstörer der Ordnung und der Sitte ist. Wir müssen uns jetzt an die sauere Arbeit begeben, das Zerstörte aufzubauen. Wir müssen dabei nach Idealen suchen, die wir nicht bei dem Räubervolk der Römer entlehnen und die nicht einen verlogenen Scheinheroismus atmen. Wir wollen ruhig jenes alte Wort umändern und im Sinne unseres eigenen strengsten Denkers uns als Motto vor die kommende Zeit schreiben:

Es ist schwer, aber ehrenvoll, für die Gemeinschaft zu leben.





